

ZWISCHENRUF ZU „NEUE NORMALITÄT“

DIESER BEITRAG ERSCHEINT IN SPRACHREPORT 2/2020

< <https://pub.ids-mannheim.de/laufend/sprachreport/> >

Die Autorin war Leiterin der Abteilung Grammatik am Leibniz-Institut für Deutsche Sprache, Mannheim.

In der Pressekonferenz, bei der am 15. April die neuen Regelungen für das Leben in der Coronakrise mitgeteilt wurden, gab Vizekanzler Olaf Scholz mit folgender Bemerkung das Stichwort: „Wir bewegen uns in eine neue Normalität – eine Normalität, die nicht kurz sein wird, sondern die längere Zeit anhalten wird.“ Diese Ankündigung einer „neuen Normalität“ hat Scholz mehrfach wiederholt und variiert. Andere, so der Gesundheitsminister, sind auf den Zug aufgesprungen. Starkes Echo, ja vehementer Widerspruch ließen nicht lange auf sich warten. Allen voran weist Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in der Sendung „Anne Will“ vom 19. April den Begriff scharf zurück. Man dürfe, so sagt sie, mit Begrifflichkeiten nicht so umgehen. Ein Krisenzustand dürfe nicht definitorisch zum Normalzustand erklärt werden. Und unter Gesichtspunkten der Freiheitsbeschränkung gehe das sowieso nicht.

Was geht hier vor? *Normalität*, das Abstraktsubstantiv zu *normal*, ist nur scheinbar ein leichtes Wort. Bedeutungserklärungen in Wörterbüchern unterscheiden für das Adjektiv (in seiner nicht fachsprachlichen Verwendung) meist zwei Lesarten: die Lesart ‚der Norm, der Regel oder auch den Erwartungen entsprechend‘ und die Lesart ‚gewöhnlich, üblich‘. Die erste Lesart knüpft unmittelbar an die Basis des abgeleiteten Adjektivs, also an *Norm* an, während die zweite eher abgeflacht erscheint. Die zweite hat – oberflächlich betrachtet – den Vorteil, dass das Normale hier auf Berechnungen und Statistiken zurückführbar zu sein scheint. Oft aber haben wir die entsprechenden Statistiken nicht zur Hand oder aber sie sind unzuverlässig, so dass wir in unserem Sprachgebrauch nur meinen, objektive Maßstäbe für das Normale anzulegen, in Wahrheit aber unsere Alltagshypothesen zum Normalen einsetzen.

Diese Alltagsmaßstäbe für das Normale sind aber ihrerseits höchst variabel. Was mir in Bezug auf *x* normal erscheint, kann dir als unnormal erscheinen. Und während viele mit Bezug auf *x* in der Normalitätsbewertung noch weitgehend übereinstimmen mögen, kann es mit Bezug auf *y* möglicherweise kaum Konsens geben. Diese Variabilität der Kriterien, die Abhängigkeit von Einstellungen und Meinungen ist einer der Gründe, warum Begriffe aus Politik und Gesellschaft so kontrovers sind und zu Missverständnissen und Streit führen können. Und das gilt auch für den Begriff Normalität, der allemal das Zeug hat, sich in einen politischen (Meta-)Begriff zu verwandeln.

Was den Bereich gesellschaftlicher Normalität oder Normalität des sozialen Miteinanders angeht, um den es bei dem umstrittenen Begriff ja geht, so ist, weil so viele Aspekte und Domänen und natürlich Normen selbst im Spiel sind, noch mehr daran unscharf, als wenn es z. B. um das normale Verhalten eines Individuums geht. Hier scheinen die Kontrahenten offensichtlich unterschiedliche Kriterien einzubringen und vor allem verschiedene Gewichtungen vorzunehmen. In Frage steht also: Was sind zentrale Bestandteile bundesrepublikanischer gesellschaftlicher Normalität, welche können nicht zur Disposition stehen und „neu“ werden? Für Scholz und Co. steht im Vordergrund der Aspekt des Sich-Einrichtens auf radikal veränderte, aber im Moment aus ihrer Sicht unabänderliche Lebensumstände. Anstatt mit Panik, Verweigerung oder Depression zu reagieren und auf der alten Normalität zu bestehen, kann – so die Hypothese – die Sehweise „Das ist jetzt normal“ bei der Bewältigung helfen. Es kommt also auf eine Art „gefühlte Normalität“ an. Und wie wir von der „gefühlten Temperatur“ ja wissen, kann es da große Unterschiede zu dem gemessenen Befund geben. (Für die Kombination *gefühlte Normalität* gibt es immerhin vier Belege in DEReKo.) Was dabei auf dem Spiel steht, welche Bestandteile der „alten“ Normalität ausgeblendet werden, bleibt dabei im Hintergrund und wird nicht gewichtet.

Anders die Gegner einer „neuen Normalität“. Für sie kann es keine Normalität geben, wenn wesentliche Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit, die Freizügigkeit, die Religionsfreiheit ganz oder teilweise außer Kraft gesetzt werden. Und die Befürchtung ist, dass wir uns alle an die so genannte „neue Normalität“ gewöhnen und sie schließlich für die normale Normalität halten – zum Schaden der freiheitlichen Demokratie und des Rechtsstaats.

Vielleicht kann man die Kontroverse zuspitzen auf den Gegensatz: „Lieber eine unvollkommene neue Normalität als gar keine“ versus „Lieber keine Normalität als eine falsche neue“.

Fest steht jedenfalls, dies zeigt die Kookkurrenzanalyse in COSMASII zu *Normalität*, dass in allen Zeiten große Sehnsucht nach Normalität herrscht. Spitzenreiter sind nämlich Konstruktionen wie *die Rückkehr zur Normalität*, [...] *dass Normalität (wieder) einkehrt, Sehnsucht nach Normalität selbst und Ähnliches*. Es braucht uns daher nicht zu wundern, dass die Gemüter sich erregen. ■

Bildnachweise

shutterstock_1661207908

